

Reimport von Arbeitskraft

Neben die Vereinigten Staaten ist nun Spanien zu einem Fernziel der andinen Migration geworden. Auf den andalusischen und valencianischen Plantagen und in den katalanischen Billiglohnindustrien sind sie unverzichtbar geworden. Zu Beginn des Jahres 2001, als die erste große Sans-Papiers-Bewegung Spanien erschütterte, machte die spanische Regierung in Zusammenarbeit mit der IOM die EcuadorianerInnen zum Versuchsobjekt der neuen EU-Migrationspolitik: Alle Sans-Papiers aus diesem Land sollten sich melden, so bestimmte es die spanische Regierung von einem Tag auf den anderen, dann sollten sie ausgeflogen werden und schließlich in Quito (Ecuador) einen Antrag auf Aufnahme in das neugeschaffene Kontingent offizieller ArbeitsmigrantInnen stellen, um so erneut, und dieses Mal legal, nach Spanien zu gelangen. Dieses spanisch-ecuadorianische Abkommen ("Convenio de Flujos Migratorios") sollte für die spanische Migrationspolitik und auch darüber hinaus einen internationalen Modellcharakter bekommen.

Parallel zu diesem Rekrutierungsprojekt von billigen Arbeitskräften hatte die spanische Regierung hunderte von Menschen nach Ecuador abgeschoben. Hintergrund ist ein in Europa nach 1945 einmaliger Razzienerschluss, der in Spanien im Zuge des 11. September 2001 verabschiedet wurde. Mit der Operation LUDECO befahl die Regierung sämtlichen Polizeieinheiten, alle EcuadorianerInnen und KolumbianerInnen zentral zu erfassen. Das bedeutete zielgerichtete Razzien, verdachtsunabhängige Schleierfahndungen usw., also eine Jagd nach allen Personen, die ihrem Aussehen nach Indigenas sein könnten.

Als die spanische und ecuadorianische Regierung das Migrationsabkommen unterzeichneten, herrschte in Ecuador der Ausnahmezustand. Ungefähr tausend Angehörige von ecuadorianischen papierlosen MigrantInnen führten in Quito eine mehrtägige Dauerdemonstration gegen das Migrationsabkommen an.

Die Angehörigen in Ecuador sind in den Zeiten der auferlegten IWF-Sparprogramme erst recht von den Überweisungen der MigrantInnen abhängig. So kam es zu gleichzeitigen Demonstrationen in Quito und in Spanien: Hier wie dort forderten sie das Recht auf Migration ohne Pass, ohne Visum und ohne Kontrolle, kritisierten das neue spanische Ausländergesetz und die zu erwartende Massenabschiebung.

Wie verbreitet sich auf der anderen Seite das Herrschaftswissen, das bei der Bekämpfung der unkontrollierten Migration und der Aufstände entsteht, und inwiefern fördert dessen Verbreitung die Herausbildung eines übergreifenden politischen und wirtschaftlichen Systems?

Wer berät die argentinische Regierung und die der Nachbarländer bei der Grenzausrüstung, bei der Schulung der entstehenden Ausländerbehörden und bei der Abfassung von neuen Ausländergesetzen? Es ist ganz offensichtlich dieselbe weltweit agierende Organisation, die sich bereits in den osteuropäischen Pufferräumen der Schengenstaaten einen Namen gemacht hat: die IOM (International Organization for Migration) steht hier wieder Pate.

Unter den Abkürzungen PLACMI (Programa latinoamericano de cooperación técnica en migraciones) und SIMICA (Proyecto Sistema de Información sobre Migración

Internacional en los países de la Comunidad Andina) bringt sie seit 1995 die Instanzen der neuen Grenz- und Migrationskontrollen, die in den verschiedenen südamerikanischen Ländern entstehen, auf Konferenzen und in Arbeitsgruppen zusammen. Ihre dortigen Projekte finanziert in erster Linie das US-State Departement.

Polizeien und Militärs, High-Tech-Konzerne und private Sicherheitsdienste unterschiedlichster Herkunft werden bei den Projekten der länderübergreifenden Grenzaufrüstung sozusagen an einem Tisch versammelt.

Die Migrationspolitik dient hier nicht nur als Vehikel einer neuen Formierung der Repressionsapparate, sondern auch der tendenziell kriegsförmigen Bevölkerungskontrolle. An einer der Herkunftsregionen der andinen transnationalen Migration, am Beispiel Ecuador, sei dies erläutert.

Projekte des IOM in Ecuador

Es ist die bereits zitierte IOM, die derzeit die Neuausstellung der ecuadorianischen Pässe mit den modernsten Sicherheitsmerkmalen organisiert. In Zusammenarbeit mit dem ecuadorianischen Landeseinwohneramt (Instituto Nacional de Estadística y Censos - INEC -) erfasst sie die ecuadorianischen EmigrantInnen im Ausland. Im Auftrag der spanischen Regierung wählt sie aus einem riesigen Pool von AntragstellerInnen diejenigen ecuadorianischen Arbeitskräfte aus, die Spanien für die Plantagenwirtschaft saisonal benötigt, siehe oben. Doch das obskurste Projekt der IOM in Ecuador läuft im Norden des Landes, direkt an der Grenze zu Kolumbien: In die Nordprovinzen Esmeraldas, Carchi und Sucumbios werden in diesen Monaten Truppen der ecuadorianischen Armee und Polizei unter Führung des Pentagon verlegt. Sie errichten neue Basen an der Autobahn Sucumbios-Quito und an den Durchgangsstraßen, die nach Kolumbien führen. Durch das geschützte Gebiet der Awa-Indigena und der Afro-EcuadorianerInnen werden Breschen geschlagen, zur Anlage großer Verkehrswege. Die IOM betreibt dort in Zusammenarbeit mit USAID ein Projekt zur Instandsetzung von Infrastrukturen, insbesondere von Brücken, und zur kommunalen Vernetzung der lokalen Führungsschichten. Die Begründung für die überraschende Aufmerksamkeit, die diese weitflächige, bisher im Abseits gelegene Region findet, lautet: Präventive Maßnahmen gegen den Drogenschmuggel und gegen bevorstehende große Migrationen. Der Kontext: der US-Plan Colombia, die Counterinsurgency in Kolumbien.

Was bei dem neuerlichen Aufmarsch von Militärs, Polizeien und internationalen Organisationen in Südamerika mithin ins Auge fällt, ist, dass Landesgrenzen, Landeseinwohnerämter, das Passwesen und die Migrationskontrollen eine besondere Rolle spielen. Ihre Verwaltungen werden in transnationalen Bedrohungskonzepten polizeilich-militärisch zusammengebunden. Was liegt näher, als in dieser bevölkerungspolitischen und rassistischen Formierung das Kennzeichen von Cóndor II zu vermuten, und in den internationalen Organisationen seine tragenden Strukturen?

Elke Frye (ZAG)